



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

viel Schatten, aber auch ein wenig Licht. So lässt sich der Super-Wahlsonntag aus Duisburger Sicht wohl am ehesten zusammenfassen. Für den Schatten sorgte pünktlich um 18 Uhr die erste Hochrechnung zur Bundestagswahl. Die SPD – so viel stand schon früh am Abend fest – würde das Ergebnis von 2009 noch einmal unterbieten und auf Bundesebene ihr historisch schlechtestes Ergebnis hinnehmen müssen. Dazu zieht die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“ mit einem deutlich zweistelligen Ergebnis in den Bundestag ein. Auch vor Duisburg macht der Bundestrend dabei nicht halt. Zwar ist die SPD hier weiter stärkste Kraft, muss im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren aber deutliche Verluste hinnehmen.

Und doch gab es für uns Duisburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten am Wahlabend auch ein wenig Grund zur Freude: Unsere Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir konnten ihre Mandate verteidigen und werden die Interessen Duisburgs auch in den kommenden vier Jahren in Berlin vertreten. Zudem wurde Sören Link mit einem großen Vorsprung im ersten Wahlgang er-

neut zum Oberbürgermeister unserer Stadt gewählt. Damit können sich die Duisburgerinnen und Duisburger auch in den kommenden Jahren auf engagierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bundestag, Landtag und an der Spitze unserer Stadt verlassen. Gut so!

Insgesamt kann all dies aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die SPD vor großen Herausforderungen steht. Der nach der Landtagswahl begonnene Erneuerungsprozess der NRWSPD steht gerade erst am Anfang. Die deutlichen Stimmverluste in unseren ehemaligen Hochburgen im Ruhrgebiet zeigen, dass dieser Prozess nötiger ist denn je. Der Weg in die Opposition ist dabei in NRW wie im Bund ein erster wichtiger und richtiger Schritt. Ich bin zudem überzeugt: Die größte Stärke der SPD liegt im Engagement der aktiven Genossinnen und Genossen vor Ort. Deren Erfahrungen und Sichtweisen müssen wieder stärker unser politisches Handeln bestimmen. Dann – da bin ich sicher – findet die SPD wieder in die Erfolgsspur zurück.

Herzliche Grüße,

IN DIESER AUSGABE u.a.:

WOHNUNGSNOT IN NRW | Seite 2

AFA-AKTIONSTAG IN DU-MITTE | Seite 4

NACHGEHAKT | Seite 6

REGIERUNGSERKLÄRUNG VON ARMIN LASCHET | Seite 3

LANDESBAUORDNUNG NRW | Seite 5

UNTWERWEGS FÜR DUISBURG | Seite 6

Plenardebatte: Wohnungsnot wirksam bekämpfen

Missbrauch von Wohnraum zu gewerblichen Zwecken eindämmen

Das Thema Wohnraum ist aktueller denn je. Die Wohnsituation in den Ballungsräumen war selten so angespannt. Auch in der vergangenen Plenarsitzung ging kein Weg an dieser Debatte vorbei.

Tausende Menschen in Nordrhein-Westfalen suchen händeringend nach einer bezahlbaren Wohnung. Das gilt insbesondere für die Rheinschiene und für Universitätsstädte wie Aachen oder Münster. „Kölner Studenten in Wohnungsnot“ titelt beispielsweise der Kölner Stadtanzeiger zum Beginn des letzten Wintersemesters. Die Rheinische Post überschreibt einen Artikel mit „Immobilien in

Düsseldorf: Preisanstieg bei Wohnungen überrascht selbst Experten“.

Doch nicht nur die Rheinschiene ist betroffen, auch im Ruhrgebiet zeichnet sich eine Trendwende ab: Die Mieten steigen auch dort besonders an den Universitätsstandorten, wo viele Studierende auf günstigen Wohnraum angewiesen sind. In Zahlen ausgedrückt stellt sich die Situation so dar: In Städten mit ohnehin hohen Mieten wie Düsseldorf, Köln,

Bonn, Aachen und Münster stiegen die Mieten seit 2012 im Durchschnitt um bis zu 15 Prozent. Im günstigeren Ruhrgebiet beobachten wir Mietpreiserhöhungen von durchschnittlich 20 Prozent wie zum Beispiel in Dortmund. In Bochum und Essen sind es immerhin noch knapp 12 Prozent.

Unstrittig ist, dass im Wesentli-

chen der Nachfrageüberhang auf dem Wohnungsmarkt die Mietpreise immer weiter in die Höhe treibt.

Dieser Nachfrageüberhang wird bestärkt durch die Zweckentfremdung von Wohnraum über Plattformen wie Airbnb. Das Geschäftsmodell dieser Plattformen und ihres Marktführers Airbnb ist schnell erklärt: Auf der Website können Interessierte ihre Wohnung zeitweise an Dritte vermieten, die diese dann z.B. während

des Urlaubes als Unterkunft nutzen können. Airbnb verdient dabei an jeder Vermittlung mit.

Die SZ fand heraus, dass z.B. in Düsseldorf ca. 7000 Wohnungen zur kurzzeitigen Miete dort angeboten werden. Nicht weiter schlimm, würden die Einnahmen daraus vom Vermieter vernünftig deklariert, dem Staat keine Steuereinnahmen vorenthalten und

die Wohnungen nicht dauerhaft vom Markt genommen werden. Das genaue Gegenteil ist leider häufig der Fall.

Deswegen muss der Gesetzgeber hier eingreifen. Der Markt, entgegen den Luftschlössern der

Landesregierung, regelt sich nämlich nicht von alleine.

Soziale Wohnungspolitik muss hier greifen. Wir brauchen Schutzmechanismen für die Mieterinnen und Mieter, die hier arbeiten und bezahlbar leben wollen. Das ist nicht weniger als eine Kernaufgabe der sozialen Daseinsvorsorge des Staates für seine Bürgerinnen und Bürger.

Das sieht die schwarz-gelbe Landesregierung scheinbar anders.



Regierungserklärung von Armin Laschet

CDU und FDP enttäuschen auf ganzer Linie

Am 13. September war es nun soweit. Die neue Koalition aus CDU und FDP verkündete durch Ministerpräsident Laschet ihre erste Regierungserklärung. Die Erwartungen an die neue Landesregierung waren denkbar groß, denn vor ihrer Wahl hatten beide Parteien so einiges versprochen. So sollte die Schuldenlast von Nordrhein-Westfalen reduziert, die Staus von jetzt auf gleich abgeschafft und Bürokratie abgebaut werden. Außerdem widmete die CDU einen großen Teil ihres Wahlkampfes der Inneren Sicherheit. Nun war die Zeit gekommen, um diesen Worten auch Taten folgen zu lassen.



Regierungserklärung mit Überlänge

Auf genau eine Stunde war die Rede vom neuen Ministerpräsidenten ausgelegt. Am Ende waren es ganze 90 Minuten. Genug Platz also für eine Menge Inhalt.

Am Ende jedoch war das einzige Versprechen von Laschet, man werde stets nach „Maß und Mitte“ handeln. Vor der Landtagswahl hatte Laschet noch großspu-

rig versichert, man werde NRW wieder an die Spitze bringen. Davon war nun keine Rede mehr.

90 Minuten gebrochene Wahlversprechen

Stattdessen plant die neue Regierung, trotz der guten Finanzlage NRWs, neue Schulden in Höhe von 1,55 Milliarden Euro aufzunehmen. Sie bricht damit eines ihrer Wahlversprechen, jede neue Ausgabe mit Einsparungen zu finanzieren.

Dem Thema Innere Sicherheit widmete der Ministerpräsident nur ganze 5 Minuten und versicherte dabei, man werde 300 Polizistinnen und Polizisten mehr einstellen im Vergleich zum Vorjahr. Die gleiche Anzahl an Neueinstellungen also, die auch wir gefordert hatten.

Auch die Infrastruktur war nun kein großes Thema mehr. Der Ministerpräsident zählte die Probleme in diesem Bereich auf, nannte allerdings keine konkret angestrebte Lösung.

„Regierungserklärung ist eine Enttäuschung“

In der Erwiderung fand unser Fraktionsvorsitzender, Norbert Römer, deutliche Worte: „Diese Regierungserklärung ist eine Enttäuschung. Sie war eine Mischung

aus wolkigen Allgemeinplätzen und einer Übersetzung des Koalitionsvertrages in Regierungsprosa“.

Schon im Vorfeld hatten wir bemängelt, dass im Koalitionsvertrag das Thema Sozialpolitik keinen Platz gefunden hatte. Insbesondere der soziale Wohnungsbau war für uns damals ein wichtiges Thema gewesen. Hierzu gab es aber leider keine konkreten Aussagen von Seiten der neuen Koalition.

„Laschets Regierung folgt den alten schwarz-gelben Mustern“



Norbert Römer warf der CDU und FDP zudem vor, eine „ideologische Marktentfesselungspolitik“ zu planen, die zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in NRW gingen.

Dies bestätigt sich nun vor dem Hintergrund der bevorstehenden Fusion von Thyssen und Tata Steel. Statt an der Seite der Stahlkocher zu stehen, hat sich die neue Regierung nun auf die Seite

Ja oder Nein Herr Laschet ?

Armin Laschet spricht sich für die Mietpreisbremse aus — entgegen des Koalitionsvertrages

Es war ein großer Schock für uns. Kurz nach der Wahl kündigte die neue Landesregierung an, die Mietpreisbremse abzuschaffen und damit die Mieterrechte massiv einzuschränken. Denn die Mietpreisbremse war dazu gedacht, die Mietpreise in Ballungsräumen zu deckeln und damit

den immer weiter steigenden Mieten einen Riegel vorzuschieben.

Nun erklärte der Ministerpräsident in einer TV-Diskussion, dass er nicht vorhabe die Mietpreisbremse abzuschaffen. Er sagte wörtlich: „Nein, die wollen wir nicht abschaffen. Das steht da

(im Koalitionsvertrag) auch so nicht drin“.

Allerdings steht genau das im Koalitionsvertrag. Nun sind wir und die Bürgerinnen und Bürger zu recht verwirrt. Was wollen sie denn nun Herr Laschet ? Ja oder Nein zur Mietpreisbremse ?

Aktionstag der SPD-Arbeitsgemeinschaften

Duisburger SPD lädt zum Infofest in der City

Am 2. September habe ich den AfA-Aktionstag der Duisburger SPD besucht.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist eine von neun Arbeitsgemeinschaften in der SPD. Sie richtet sich insbesondere an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und vertritt ihre Interessen gegenüber der SPD. Auf dem Aktionstag der AfA hatten die Bürgerinnen und Bürger nun die Möglichkeit, mit ihren Mandatsträgern in Kontakt zu kommen.

Neben den Landtagsabgeordneten, waren auch unsere Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir sowie der Europaparlaments-Abgeordnete Jens Geier dabei. Außerdem hatten wir noch Besuch von un-

serem Oberbürgermeister Sören Link und unserem Landesvorsitzenden Mike Groschek, der uns in einer kämpferischen Rede auf den Wahlkampf eingeschworen hat.

Bei strahlendem Sonnenschein entwickelten sich dort sehr viele interessante Gespräche mit den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, die das Fest besuchten.

Persönlich fand ich das große Interesse an der Dreifachwahl sehr angenehm. Die Bürgerinnen und Bürger haben aus ihrer Sicht erklärt, wo „der Schuh drückt“.

Dafür bin ich immer dankbar und komme jedes Jahr gerne wieder auf unsere Kö in die Innenstadt.

Also, spätestens bis zum nächsten Jahr!



Hände weg von der Landesbauordnung!

Sozial- und Behindertenverbände demonstrieren gegen das geplante Moratorium

Am 13. September, dem ersten Plenartag nach der Sommerpause, haben über zahlreiche Sozial- und Behindertenverbände gegen das geplante Moratorium der Landesbauordnung demonstriert. Das Baugesetz war letztes Jahr noch von uns verabschiedet worden. Darin war vorgesehen, dass es ab Ende 2017 eine Quote für

rollstuhlgerechte Wohnungen beim Neubau in NRW geben muss. Die neue Landesregierung hatte nun bekanntgegeben, das Gesetz durch ein Moratorium aussetzen zu wollen.

Ich habe mit den Betroffenen vor Ort gesprochen und ihnen unsere Unterstützung zugesagt. Wir ha-

ben uns nicht umsonst für die Änderung eingesetzt. Sie war nötig, auch um den Betroffenen eine selbstbestimmte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Deswegen, liebe Landesregierung: Hände weg von der Landesbauordnung!



Startup-Gründer zu Gast im Landtag

Privalino soll Kinder vor Gefahren im Internet schützen

Ebenfalls am 13. September waren die Gründer der Startup-Firma „Privalino“ bei mir zu Gast. Das Unternehmen entwickelt eine Software, die Kinder vor Gefahren beim Chatten mit fremden Personen schützen soll, indem sie das Kind oder direkt die Eltern über verdächtige Verhaltensweisen des Chatpartners informiert.

Das Internet ist für Kinder heutzutage ein normales Kommunika-

tionsmittel. Dort bauen sie viele wichtige und neue soziale Kontakte auf. Aber natürlich birgt diese Art der Kommunikation auch ganz neue Gefahren. Deswegen ist es richtig und wichtig neue Möglichkeiten zu suchen, um Kinder vor eben diesen Gefahren zu schützen.

Ich finde das Vorhaben der Unternehmer sehr lobens-

wert und wünsche den dreien noch viel Erfolg mit ihrer Idee!



Unterwegs für Duisburg...

... im ganzen Land



Veranstaltung: „Nur weil ich ein Mädchen bin“ —> Jusos Gladbeck



Dämmerhoppen der SPD Hüttenheim/Huckingen



Verleihung des Wanheimerorter Bürgerpreises



Kinderfest an der Wasserwelt in Duisburg



Podiumsdiskussion im OV Bochum-Mitte



Auf ein Wort mit Sören Link am Ludgeriplatz

Gemeinsam für den Sport in Duisburg

Einweihung der Spielfeldbande bei der GSG Duisburg 1919/28 e.V.

Auf dem Gelände der GSG Duisburg 1919/28 e.V. habe ich zusammen mit meiner Kollegin und Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas eine Spielfeldbande



eingeweiht. Bund und Land—Hand in Hand für den Sport in Duisburg.

Mit dem Lächeln in Richtung Gesamtschule Duisburg—Süd.

Nachgehakt

Meine kleine Anfrage zu den Verkehrsstaus in NRW

In einer kleinen Anfrage an die Landesregierung wollte ich wissen, wie es mit der Stauentwicklung in NRW aussieht und welche Maßnahmen die neue Landesregierung zur Bekämpfung von Verkehrsstaus ergreift. Die Antwort war ziemlich ernüchternd: Die Maßnahmen die



ergriffen werden: Schichtbetrieb bei Baustellen, Nachtbaustellen und ähnliche haben wir bereits praktiziert.

Wer im Wahlkampf unsere Konzepte so schlechtredet, sie dann aber ohne Neuerungen fortführt — der macht sich unglaublich.

Impressum

Redaktion

Jascha Dröge
Carolin Kempfer
Alexander Palapys
Sarah Philipp

V.i.S.d.P

Sarah Philipp, MdL

Kontakt

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 02 11/884-26 62
Fax: 02 11/884-32 06
sarah.philipp@landtag.nrw.de

Sarah Philipp...

...bei Facebook

fb.com/philippfuerduisburg

...bei Twitter

twitter.com/Philipp_fuer_DU

...im Internet

philipp-fuer-duisburg.de

...bei WhatsApp

0211/884 2661

Meine Rubrik

Buchtip: „Raumpatrouille“ von Matthias Brandt

Der berühmte deutsche Schauspieler und Sohn des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt schafft mit Raumpatrouille einen wunderbaren Erzählband. Die Geschichten in Matthias Brandts erstem Buch sind literarische Reisen in einen Kosmos, den jeder kennt, der aber hier mit einem ganz besonderen Blick untersucht wird: der Kosmos der eigenen Kindheit.

In diesem Fall einer Kindheit in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts in einer kleinen Stadt am Rhein, die damals Bundeshauptstadt war. Einer Kindheit, die bevölkert ist von einem manchmal bissigen Hund namens Gabor, von Herrn Vianden, dem mysteriösen Postboten, verschreckten Nonnen, kriegsbeschädigten Religionslehrern, einem netten Herrn Lübke

von nebenan, bei dem es Kakao gibt und dem langsam die Worte ausgehen. Es gibt einen kauzigen Arbeitskollegen des Vaters, Herrn Wehner, einen Hausmeister und sogar einen Chauffeur, da der Vater gerade Bundeskanzler ist.



Parlamentarisches Lexikon: R wie Regierungserklärung

Nach einer Wahl stellt die neu gewählte Landesregierung eine Art Fahrplan für die nächsten 5 Jahre auf. Der Ministerpräsident erläutert in der Regierungserklärung diesen Plan und stellt ihn somit dem Parlament und der Öffentlichkeit vor.

Usus ist es, jene Regierungserklärung zeitnah nach der Wahl zu verkünden. Jede Oppositionsfrak-

tion hat danach einzeln die Möglichkeit, zu der Erklärung Stellung zu beziehen. Während der Legislaturperiode hat die Landesregierung auch die Möglichkeit, aus Eigeninitiative Erklärungen abzugeben, falls sie das für nötig hält.

